

Schmeinck: Integration ist nicht nur Sprache und Arbeit

Geschäftsführer des SKM Lingen begrüßt neues Integrationsgesetz, sieht aber auch ungelöste Probleme

Von Thomas Pertz

LINGEN. Der Geschäftsführer des SKM in Lingen, Hermann-Josef Schmeinck, hat das von der Bundesregierung beschlossene Integrationsgesetz grundsätzlich begrüßt, sieht gleichwohl aber noch viele offene Fragen.

Unter dem Motto „Fördern und Fordern“ will die Regierung mit gezielten Angeboten zur Eingliederung und Sanktionen für „Integrationsverweigerer“ den weiteren Umgang mit Flüchtlingen organisieren. Mit dem neuen Gesetz sollen Asylbewerber unter anderem einen leichteren Zugang zu Integrationskursen und zum Arbeitsmarkt erhalten. Umgekehrt sollen Leistungen gekürzt werden, wenn sie Maßnahmen ablehnen.

„Wenn wir begreifen, dass Integration nicht von selber funktioniert, dann ist es richtig, dass sich der Gesetzgeber damit auseinandersetzt“, kommentierte Schmeinck in einem Gespräch mit unserer Redaktion die gefassten Beschlüsse.

Der Lingener, der auf eine inzwischen fast 30-jährige Berufserfahrung in der Flüchtlingsarbeit zurückblicken kann, verwies aber auch auf mehrere Probleme, die nach wie vor ungelöst seien.

So seien Flüchtlinge, die seit vielen Jahren in Deutschland leben, deren Aufenthaltsstatus aber nicht geklärt ist, von Fördermaßnahmen weiter ausgeschlossen. Dass solche Förderungen nur denen gewährt werden sollten, die über eine „gute Bleiberechtsperspektive“ verfüg-



Hermann-Josef Schmeinck ist Geschäftsführer des SKM in Lingen. Foto: Thomas Pertz

ten, sei ein juristisch unscharfer Begriff. Damit würden diejenigen außen vor bleiben, die eine schlechtere Perspektive hätten, möglicherweise aber doch hierblieben.

Was das Motto „Fördern und fordern“ anbelangt, unterstrich Schmeinck, dass er nicht generell gegen Sanktionen sei, wenn sich jemand als überhaupt nicht integrati-

onswillig zeigt. „Aber wer definiert hier ‚Verweigerung‘? Reicht es, wenn einer sagt, dass er nicht in diesen Kurs geht, oder kann er das auch begründen?“ Schmeinck hat die Sorge, dass der Eindruck erweckt wird, dass die meisten Flüchtlinge solche Integrationskurse verweigern. Das stimme aber nicht. Oft seien die Angebote den Betroffenen gar nicht bekannt.

Jobs bringen Struktur

Der SKM-Geschäftsführer begrüßte, dass die sogenannte Vorrangprüfung bei der Besetzung freier Arbeitsstellen nun wegfallen soll. Bislang dürfen Asylbewerber und geduldete Flüchtlinge eine Arbeitsstelle nur besetzen, wenn es keine einheimischen oder anderen europäischen Bewerber gibt. Diese Vor-

rangprüfung soll für drei Jahre nicht mehr nötig sein. Auch die „3 plus 2“-Regel, die einem Flüchtling während der dreijährigen Lehrzeit und anschließend für weitere zwei Jahre einen sicheren Aufenthalt ermöglicht, sei hilfreich. Das gelte auch für die 100 000 Minijobs, die die Bundesregierung für Flüchtlinge schaffen wolle. Hier komme es aber darauf an, wie diese ausgestaltet würden. „Solche Jobs können sehr wichtig sein, um zu einer geregelten Tagesstruktur zu kommen. Sie müssen aber begleitet sein als langfristiges Instrument zur Integration in den Arbeitsmarkt“, so Schmeinck.

Generell sprach sich der Experte dafür aus, das Thema Integration nicht auf Sprache und Arbeit zu redu-

zieren, so wichtig beides auch sei. Zu selten würden die Fragen danach gestellt, wie die Gesellschaft kulturell künftig auf Dauer miteinander klarkomme und wie sie Probleme konstruktiv miteinander löse, ohne dass es zu verhärteten Fronten komme.

Positiv steht der Flüchtlingsbetreuer einem Einwanderungsgesetz gegenüber, um zwischen politisch Verfolgten und Zuwanderern unterscheiden zu können. Er habe zurzeit den Eindruck, dass sich ein Gefühl breitmache, „als ob keiner mehr kommt“. Tatsächlich seien bereits im ersten Quartal über 200 000 Antragsteller auf Asyl nach Deutschland gelangt. „Es ertrinken immer noch viele Menschen im Mittelmeer“, verwies er auf unhaltbare Zustände.